

## Freihandel statt menschenwürdige Arbeit weltweit? WTO und ‚Global Europe‘ als Gefahr für „Decent Work“

Mit mehr Freihandel und einem Abschluss der seit 2001 laufenden Doha-Runde scheinen die WTO und ihre Unterstützer auf die laufende Finanz-, Wirtschafts- und Klimakrise reagieren zu wollen. Was allerdings die Menschen in Nord und Süd brauchen, ist sinnvolle und gerecht bezahlte Arbeit sowie soziale Sicherheit für alle. Und: Diese Arbeit muss so schnell wie möglich in zukunftsfähigen, klimaverträglichen Jobs gefunden werden. ‚Decent Work‘ - zu deutsch ‚menschenwürdige‘ oder ‚gute Arbeit‘ - wurde 1999 als zentrales Ziel der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festgelegt. Die ILO verfolgt dabei vier Anliegen: a) Grundlegende Prinzipien und Rechte in der Arbeit bzw. internationale Arbeitsstandards; b) Verbesserung von Einkommens- und Beschäftigungschancen; c) soziale Sicherheit und sozialen Schutz sowie d) den sozialen Dialog. Abstrakt bekennen sich WTO, EU und Bundesregierung zu ‚Decent Work‘. Die tatsächlichen Erfahrungen mit Liberalisierungspolitiken sprechen allerdings eine ganz andere Sprache: Immer wieder hat ‚Freihandel‘ Arbeitsplätze gekostet. Und er droht auch zukünftig noch mehr Arbeitslosigkeit zu bringen. Ein Kurswechsel tut Not!

**Beschäftigungsfolgen der Liberalisierungspolitik:** Ob in Deutschland, der EU oder der WTO, überall setzen sich die Verfechter des Freihandels für aggressive Marktöffnung ein und kommen damit den Wünschen der Exportindustrien nach. Ihr Argument: Wirtschaftliche Liberalisierung führe zu mehr Jobs und besserer Bezahlung. Diese Effekte sind jedoch keineswegs erwiesen oder gar verallgemeinerbar. Aus vielen Ländern und Erfahrungen der letzten Jahre lassen sich jede Menge Gegenbeispiele anführen. Die Marktöffnungen haben zu einer globalen Zunahme von Informalisierung und Prekarisierung beigetragen. Ein Zusammenhang, der auch in einer jüngst veröffentlichten Studie von WTO und ILO anerkannt wird (WTO/ILO 2009). So sank z.B. in Lateinamerika der Anteil rechtlich geschützter Beschäftigungsverhältnisse zugunsten von Kontraktarbeit, befristeter Beschäftigung, Teilzeitarbeit, prekärer Selbstständigkeit und einem starken Anstieg verschiedener Formen der informellen Ökonomie. In Afrika zeigt sich eine besondere Verletzlichkeit der kleinen bäuerlichen Existenzen von Frauen: Im Gegensatz zur Ideologie des Freihandels haben Industrieländer wie die EU oder die USA ihre subventionierten landwirtschaftlichen Produkte in die lokalen Märkte Afrikas exportiert und auf diese Weise Existenzen vernichtet.

Selbst das Wachstum der Weltwirtschaft vor der aktuellen Wirtschaftskrise hat vielen der etwa 1,5 Milliarden registrierten Lohnabhängigen kaum erhöhten Wohlstand gebracht. Die Lohnquote, also der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt, ist in den letzten Jahren in drei Vierteln aller Länder geschrumpft. Die Reallohnzuwächse der Industrieländer betragen zwischen 2001 und 2007 höchstens ein Prozent. Nur in China und einigen Transformationsländern wurden aufgrund eines sehr geringen Ausgangsniveaus Zuwächse bis zu zehn Prozent erzielt. Gewachsen ist global gesehen damit vor allem die Ungleichheit.

Zwischen 1997 und 2007 stieg die weltweite Arbeitslosigkeit rasant von 141 Millionen auf 190 Millionen Menschen an. Bei den prekär Beschäftigten legte die Zahl im gleichen Zeitraum von 1,34 auf 1,49 Milliarden zu. Etwa 1,2 Milliarden Menschen können kaum von ihrer Arbeit leben, sie verdienen weniger als zwei US-Dollar am Tag. Nüchtern, aber recht genau, benennt die Weltbank mit der Liberalisierung des Handels eine der zentralen Ursachen: „*In Zeiten der Handelsliberalisierung (...) kann davon ausgegangen werden, dass der Abbau von Arbeitsplätzen schneller voranschreitet als die Schaffung von Arbeitsplätzen. Globalisierung kann daher mit höheren Arbeitslosenraten in Verbindung gebracht werden.*“ (Martín Rama: *Globalization and Workers in Developing Countries*. World Bank. Washington DC, 2003. Zitiert nach: *War on Want* 2009).

Wirtschaftliche Liberalisierung bedeutet oft die Zerstörung lokaler Branchen und damit verbunden einen massiven Arbeitsplatzverlust. Besonders betroffen sind von diesen Entwicklungen die Ökonomien des globalen Südens, bei denen ein Großteil der durch die liberalisierte Exportwirtschaft entstandenen Gewinne an wenige Reiche oder ins Ausland abfließt. Marktöffnungen führen so eben nicht zu einem automatischen Wohlstandsgewinn für alle Teile der Bevölkerung.

### Die Studie „Trading away our jobs“

2009 hat die Studie „*Trading away our jobs*“ von *War on Want*, einer britischen Partnerorganisation von EED & WEED, die empirischen Erkenntnisse zu den tatsächlichen Wirkungen von Freihandelsabkommen auf den Arbeitsmarkt zusammengefasst. Dabei zeigt sich, wie in den vergangenen Jahren die Liberalisierung des Handels sowohl in Afrika als auch in Lateinamerika zu einem massiven Verlust von Arbeitsplätzen geführt hat – also ausgerechnet auf den beiden Kontinenten, die die

Hauptlast früherer Versuche der so genannten Strukturanpassung und anderer Freihandelspolitiken tragen mussten. Zu verzeichnen sind systematische Deindustrialisierung, Arbeitsplatzverluste und sinkende Löhne.

In **Afrika südlich der Sahara** hat die Liberalisierung des Handels zu Arbeitsplatzverlusten in einer ganzen Reihe von Ländern, wie Kenia, Malawi, der Elfenbeinküste, Simbabwe und Marokko geführt. Sambia musste eine Verdopplung der Arbeitslosigkeit erleben, im formellen Sektor verschwanden zehntausende Arbeitsplätze. Dabei handelte es sich keinesfalls um kurzfristigen Verluste: Auch heute ist die übergroße Mehrheit der sambischen Arbeiterinnen und Arbeiter gezwungen, sich in der informellen Wirtschaft durchzuschlagen. 95% von ihnen verdienen zu wenig, um sich und ihre Familien über die Armutsschwelle von zwei US-Dollar pro Tag zu heben. In Ghana schrumpfte in den ersten acht Jahren der Handelsliberalisierung der Arbeitsmarkt im industriellen Bereich um 17%, für Frauen sogar um 22%.

Auch in **Lateinamerika** hat es einen ähnlichen Verlust an Arbeitsplätzen in der produzierenden Industrie als Folge der Handelsliberalisierung gegeben. Während der 1990er Jahre stieg die Arbeitslosigkeit in Lateinamerika von 7,6 Millionen auf 18,1 Millionen, so gut wie ausschließlich durch den Verlust bestehender Arbeitsplätze. Allein in Brasilien zeigte die arbeitsmarktpolitische Bilanz der Handelsliberalisierung von 1990 bis 1997 ein Minus von 2,7 Millionen Stellen. In Mexiko brachte zur gleichen Zeit der NAFTA-Freihandelsvertrag mit Kanada und den USA den Aufstieg des Maquila-Sektors mit sich, der eine verlängerte Billiglohn-Werkbank der USA entlang der gemeinsamen Grenze darstellt. Die Schattenseite waren enorme Arbeitsplatzverluste in der Landwirtschaft und im Verarbeitenden Gewerbe sowie ein katastrophaler Absturz der Reallöhne. Die Kaufkraft des Mindestlohns fiel von 1976 bis 2000 auf ein Fünftel ihres ursprünglichen Wertes.

Trotz dieser Beschäftigungsfolgen bisheriger Handelspolitiken fordern viele Politiker und Unternehmen den schnellen Abschluss der laufenden **WTO-Welthandelsrunde**. Dazu hat der internationale Gewerkschaftsbund ITUC jedoch berechnet, dass die im Rahmen der Doha-Runde geforderten neuen Maßnahmen in den Entwicklungsländern Millionen von Arbeitsplätze gefährden würden. Auch nach Einschätzung der EU würde ein Abschluss der Doha-Runde in der gegenwärtig vorgeschla-

genen Form erhebliche Verluste an Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft, der Industrie und im Dienstleistungssektor der Entwicklungsländer nach sich ziehen.

Außerhalb der WTO zielt die EU mit ihrer **„Global Europe“-Strategie** inzwischen auf eine Strategie bilateraler Handelsverträge, um den Marktzugang für ihre Unternehmen zu erhalten und auszubauen. Auch hier prognostizieren die eigenen Nachhaltigkeits-Folgeabschätzungen der EU (Sustainability Impact Assessments) gewaltige Arbeitsplatzverluste als Folge dieser bilateralen Abkommen. Man schätzt etwa, dass die vorgeschlagene Euro-Mittelmeer-Freihandelszone schon bald nach ihrem Inkrafttreten in Ägypten, Marokko, Algerien und Tunesien zum Zusammenbruch des verarbeitenden Gewerbes sowie zu dessen massiver Schrumpfung in Syrien, Jordanien und dem Libanon führen würde. Insgesamt gingen dort 3,4 Millionen Industriearbeitsplätze verloren. Ähnliches wird für die MERCOSUR-Länder im südlichen Südamerika sowie für China und Indien vorhergesagt.

Doch nicht nur die Handelspartner der EU werden die Auswirkungen zu spüren bekommen. Die EU-Analysen zeigen, dass die Liberalisierung des Handels auch hierzulande „Kündigungen im großen Maßstab“ sowie die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen verursachen wird. Um diese negativen Wirkungen auszugleichen, hat die EU einen Globalisierungsanpassungsfonds geschaffen. Aus diesem sollen Menschen entschädigt werden, die durch die Liberalisierung ihre Arbeitsplätze verlieren. Allerdings ist dieser Fonds vom Umfang und Anlage her ein völlig unzureichendes Trostpflaster auf eine falsche Politik.

**Fazit:** Die deutsche und europäische Handelspolitik stellt wirtschaftliche Konzerninteressen klar über die Interessen von Beschäftigten - oder gar Arbeitslosen. In der WTO und verstärkt auf bilateraler Ebene wird die alte Politik im „Wahn der Wettbewerbsfähigkeit“ (Wirtschafts-Nobelpreisträger Paul Krugman) weiter betrieben. Empirische Analysen der Beschäftigungsfolgen dieser Politik zeigen, dass diese nicht nur entwicklungs- und umweltpolitisch gefährlich ist, sondern auch keinen zukunftsfähigen Weg aus Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit birgt. Ein grundsätzlich neues Nachdenken über die deutsche, europäische und internationale Handelspolitik tut also Not, um Guter Arbeit, sozialen Menschenrechten und Klimaschutz endlich Vorfahrt zu geben!

### Links & Literatur

[www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)

[www.eed.de/welthandel](http://www.eed.de/welthandel)

**War on Want 2009:** Trading away our Jobs. How free trade threatens employment around the world. 34 p.,  
Bezug über [www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)

**WTO/ILO 2009:** Globalization and Informal Jobs in Developing Countries. Genf. [www.ilo.org](http://www.ilo.org)

### Kontakt

EED: Michael Frein, Mobil +49-(0)173-5359992; [Michael.Frein@eed.de](mailto:Michael.Frein@eed.de)

WEED: Peter Fuchs, Mobil: +49-(0)177-6334900; [Peter.Fuchs@weed-online.org](mailto:Peter.Fuchs@weed-online.org)  
Nicola Jaeger, +49-(0)30-275 96 643; [Nicola.Jaeger@weed-online.org](mailto:Nicola.Jaeger@weed-online.org)